

30 Jahre »Deutscher Herbst«, Überwachungsstaat, sozialer und religiöser Terror und Krieg

Christian Klar, 1982 wegen seiner Mitgliedschaft in der ehemaligen »Roten Armee Fraktion« inhaftiert und 1985 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, hatte sich am 13. Januar 2007 mit einer kapitalismuskritischen Erklärung an die TeilnehmerInnen der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin gewandt. Er sprach darin von der »Inspiration, die seit einiger Zeit von verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgeht.« Er äußerte die Hoffnung auf eine Entwicklung, um »die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.« Ein Bericht des ARD-Magazins »Report Mainz« am 26. Februar 2007 sorgte für die bundesweite Beachtung dieses im Grunde gemäßigt antikapitalistischen Grußwortes durch Justiz und staatstragende Medien und löste eine erste Hetzwelle im runden Jubiläumsjahr des so genannten Deutschen Herbstes aus. Der denunziatorische Umgang mit Christian Klar, Birgit Hogefeld und anderen sowie mit der Geschichte der RAF und der APO ist ein Beispiel dafür, wie versucht wird, radikale Kritik auszugrenzen gerade auch in Zeiten schärferer Ausbeutung durch das Kapital.

Im Jahr Dreißig nach dem Tod der RAF-Gefangenen in Stammheim und nach der Entführung und Erschießung des ehemaligen SS-Funktionärs Hanns Martin Schleyer rechneten die bürgerlichen Medien mit der RAF ab. Der Spiegel veröffentlichte eine Serie über »Die Nacht von Stammheim«; »Die Jahre des Terrors« erschienen als Zeit-Sonderheft und im Stern eine mehrteilige Bilddokumentation; »Der Krieg der Bürgerkinder« wurde als ARD-Dokumentation gesendet. Die Titel suggerieren es bereits: Es ging um Diffamierung, Verzerrung, Psychiatrisierung nicht nur der RAF. Spiegel-Chef Aust sagte gar in einem Interview: »Den Extremismus muss man schon in der Persönlichkeitsstruktur haben, um auf diesem Weg der RAF voranzugehen«. Nur wenige Stimmen aus dem (ehemaligen) Staatsapparat wie Gerhard Baum erinnerten daran, dass angesichts der ungebrochenen deutschen Nachkriegs-Kontinuitäten zum NS-Faschismus »zumindest der ersten Generation der RAF (...) eine moralische Begründung« zuzugestehen sei.

Vor allem anderen soll der politische Hintergrund für die Entstehung der Stadtguerillagruppen in Deutschland verschwiegen werden, der gleichzeitig die Kulisse für zahlreiche linksradikale Initiativen bildete: Der Obrigkeitsstaat BRD der Adenauer-Zeit wurde im Kern bruchlos von der Sozialdemokratie Willy Brandts fortgeführt. Zum Führungspersonal der BRD gehörte der ehemalige SS-Wehrwirtschaftsführer Schleyer als Arbeitgeberpräsident, der die Anwendung von Aussperrungen gegen Streikende vorantrieb. Zum staatlichen Gewaltapparat gehörten die ehemaligen Mitglieder des Reichssicherheitshauptamtes, der GeStaPo und der SS-Einsatzgruppen, aus denen das Bundeskriminalamt aufgebaut worden ist.

Der Hass, der Christian Klar heute entgegenschlägt, begründet sich auch in der strategischen Absicht der Herrschenden, die Erinnerung an breiten und militanten Widerstand in der BRD zu denunzieren und auszulöschen, ebenso wie die Erinnerung an den Widerstand gegen die Brutalität der Kriegsführung der USA und ihrer verbündeten imperialistischen Staaten in Vietnam, mit Napalm, Massakern und Bombenteppichen; die Erinnerung an den Widerstand gegen faschistische Diktaturen in Europa in Griechenland, Spanien und Portugal und an die erfolgreichen antikolonialen Bewegungen in den drei Kontinenten. An den radikalen politischen Bewegungen waren in der Zeit des Deutschen Herbstes viele beteiligt, z. B. bei der Bauplatzbesetzung des geplanten AKW Brokdorf im Oktober 1976; mehr als

20.000 beim Besetzungsversuch des AKW-Bauplatzes in Grohnde; 100.000 waren auf dem Weg nach Kalkar, dem Standort des geplanten Schnellen Brütters und blickten dort in die Mündungen entsicherter Maschinenpistolen der Polizei. Und nicht zuletzt sympathisierte laut einer Allensbach-Umfrage von 1971 ein Viertel der unter 30jährigen mit der RAF.

Je mehr heute der Krieg zum Normalzustand wird, je schärfer die Ausbeutung und Entwertung der Menschen stattfindet, desto mehr brauchen Staat und Kapital ein Gegenüber, ein Feindbild. Es dient der Legitimation für die Etablierung eines totalen Überwachungsstaates.

Immer mehr Kontrolltechniken mit technofaschistischen Wirkungen werden genutzt. Die Unschuldsvermutung gegenüber allen BürgerInnen ist durchlöchert worden und der Charakter der staatlichen Repression richtet sich potentiell gegen Alle. Im Justizsystem ersetzt der Rachedanke zunehmend das Ziel der Resozialisierung. Die Straftatbestände für eine unbefristete so genannte Sicherheitsverwahrung werden erweitert. Das menschenverachtende Recht des NS-Faschismus wird wieder Grundlage für Teile des heutigen Strafrechts. So können zukünftig immer mehr Menschen, jetzt auch Jugendliche, unbegrenzt in so genannte Sicherheitsverwahrung weggesperrt werden, verlieren also bis zum Tod ihre Freiheit sowie bürgerliche Rechte.

Die Bereitschaft des Kapitals, für die Sicherung der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse über Leichen zu gehen, äußert sich auch in der Militarisierung der staatlichen Repression. Die Einführung des zielgerichteten permanenten Ausnahmezustands nach Innen, einschließlich des angemessenen Rechts des Staates, die als TerroristInnen definierten zu töten, soll ohne Widerstand hingenommen werden. Der Einsatz der Bundeswehr gegen soziale Proteste in der BRD wurde in Heiligendamm in verschiedenen Konstellationen erprobt. Beim Angriff der Staatsmacht gegen die Boote von Greenpeace wurden Tote in Kauf genommen. Dazu gehört der Vorstoß der CDU, die ihren Verteidigungsminister Jung den staatlichen Massenmord an angeblich entführten Flugzeugpassagieren propagieren ließ. Außergesetzliche Hinrichtungen von Terror-Verdächtigen wurden vom Innenminister Schäuble vorgeschlagen, unterstützt vom innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, der eine entsprechende Grundgesetzänderung forderte. Die Polizei soll ohne Verfahren gezielt töten dürfen, nicht nur wie bisher angeblich in angenommener Notwehr.

Auch die Aufrüstung der Polizei mit angeblich nicht tödlichen Waffen wird die Grenzen zu einem Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols mit einkalkulierten tödlichen Folgen verwischen. Elektroschocker, Klebstoffe, Mikrowellenwaffen und andere Aufstandsbe-kämpfungswaffen – teilweise im Irak getestet – senken die Einsatzschwelle und führen zu schweren Verletzungen und Todesfällen. Ein Vorreiter der Aufrüstung der Polizei war das von der Linken und SPD regierte Land Berlin, das als erstes Elektroschocker einführte.

Das § 129a-Verfahren gegen vier Menschen, die angeblich der militanten Gruppe angehören sollen und denen die Beteiligung an einem Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge vorgeworfen wird ist illegal, wie jetzt auch der Bundesgerichtshof festgestellt hat. Einfache Brandanschläge sind nicht mehr Teil der Terrorismusdefinition des § 129a. Als Beweismittel wurden vergleichende Wortanalysen von angeblichen Texten der militanten Gruppe mit wissenschaftlichen Aufsätzen eines der Beschuldigten herangezogen. Einer der Angeklagten, der Soziologe A. H., war schon vorher – bewirkt durch eine internationale Solidaritätskampagne unter Beteiligung vieler WissenschaftlerInnen – durch Gerichtsbeschluss aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn läuft aber weiter. Die absurden Indizien beruhen u. a. auf der Nutzung von Begriffen aus der Stadtsoziologie wie »Gentrifikation«, die auch die militante Gruppe verwendete.

Weltweit besteht eine Chance, im Kampf gegen den legalisierten staatlichen Mord, gegen den Vernichtungsfeldzug gegen Revolutionäre in den USA, einen Erfolg zu erringen: Am 17. Mai 2007 konnten Mumia Abu-Jamal und seine AnwältInnen bei einer Anhörung vor dem Bundesberufungsgericht in Philadelphia die Gründe für ein neues Verfahren vortragen. Eine Entscheidung des Gerichts steht noch aus. Der BundessprecherInnenrat hat an der Kundgebung und Demonstration »Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Abschaffung der Todesstrafe weltweit!« am 12. Mai 2007 in Berlin beobachtend teilgenommen.

Die Liste der geplanten neuen Überwachungs- und Kontrollgesetze ist schier endlos: Legalisierung der Online-Durchsuchungen von Computern; Einführung weiterer biometrischer Daten für Pass und Personalausweis; die automatische Gesichtskontrolle und der Ausbau der Videoüberwachung; der automatische KFZ-Kennzeichenabgleich auf öffentlichen Straßen. Mit der Totalprotokollierung von Telefon- und Handyverbindungen ab 2008 und der Internetverbindungen ab dem 1. Januar 2009, der so genannten Vorratsdatenspeicherung, wird eine totale staatliche Kommunikationsüberwachung möglich.

Am 1. Juli 2007 hat das Bundeszentralamt für Steuern damit begonnen, erstmals allen BürgerInnen der BRD eine Identifikationsnummer zuzuteilen. Sie soll laut staatlicher Absichtserklärung »den Abgleich von Daten erleichtern sowie den Missbrauch von Sozialleistungen und Steuerhinterziehung erschweren«. Sämtliche schon gespeicherte persönliche Daten können unter dieser Steueridentifikationsnummer abgerufen werden.

Seit 2004 laufen die Pilotprojekte zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, die letztlich zum/zur gläsernen Patienten/Patientin führen, die Krankheitsgeschichte als Teil der Privatsphäre wird aufgehoben.

Nachdem u. a. die Ökologische Linke immer wieder auf die Tendenzen zur Diktatur auf Abruf hingewiesen hat, regt sich gegen den Ausbau technofaschistischer Strukturen inzwischen auch der Protest im bürgerlichen Spektrum, bei AnwältInnen und anderen Berufsgruppen und bei bislang eher unpolitisch sich verhaltenden, jugendlichen InternetnutzerInnen. Zur Demonstration »Freiheit statt Angst – gegen Sicherheits- und Überwachungswahn« am 14. April 2007 in Frankfurt/Main versammelten sich noch lediglich ca. 1000 Personen. Der BundessprecherInnenrat nahm daran beobachtend teil; wir verteilten dort unser Flugblatt »Kapitalismus abschaffen – Faschismus entwurzeln«. Auf der darauf folgenden Demonstration mit gleichem Titel und erweitertem AufruferInnenspektrum am 22. September 2007 in Berlin waren es dann bereits zwischen 10.000 und 15.000 TeilnehmerInnen, einschließlich eines antikapitalistischen Blocks von etwa 1500 Menschen. Trotz der teilweise fragwürdigen Forderungen – so sollen Sicherheitsgesetze teilweise nur »überprüft« statt abgeschafft werden – und trotz der nach rechts hin offenen Breite des Bündnisses bis hin zur FDP/Jungen Liberalen/ÖDP usw., auch die Linkspartei durfte, obwohl Abschiebe- und Repressionsausbau-Partei in Berlin, ungestört mitlaufen, ist es wichtig, diese entstehenden Ansätze einer radikaldemokratischen Öffentlichkeit weiter zu verfolgen und auf eine klare Kritik des staatlichen Herrschaftsapparats hinzuwirken.

Die Krise des internationalen Bankensystems im Gefolge des Immobilienspekulations-Crashes in den USA beeinträchtigt bisher kaum die Profite des deutschen exportorientierten Kapitals, das u. a. durch Entlassungen, Auslagerungen von Arbeitsplätzen in Übergangsfirmen und Senkung der Löhne den Wert der Ware Arbeitskraft weiter senken will. Der DGB und die Einzelgewerkschaften sind in die Kapitallogik eingebunden. In einigen Nischen ist es 2007 wieder zu massiveren Aktionen gekommen, deren antikapitalistischer Gehalt in Kontrast zum ständischen Bewusstsein steht, mit dem sie in Gang gesetzt wurden. Die DGB-Gewerkschaft Transnet hat mit ihrer Zustimmung zu der Privatisierung der Bahn und der faktischen Lohnverzichtspolitik für die Bahnbeschäftigten bei der Branchengewerkschaft GDL eine Gegenreaktion provoziert. Nicht nur LokomotivführerInnen leiden unter extensiven Arbeitszeiten und

unterdurchschnittlichen Löhnen. So führt die GDL gegen die Torpedierungsversuche des DGB bisher einen hartnäckigen Kampf, in dessen Rahmen zunehmend auch die Kritik an der Bahnprivatisierung lauter wird, die ursprünglich von der durch das CDU-Mitglied Schell vertretenen GDL mitgetragen wurde. Die Konzernleitung mit Unterstützung von einigen Gerichten reagiert mit scharfen Angriffen auf das Streik- und Koalitionsrecht und hat einige StreikaktivistInnen entlassen bzw. suspendiert.

Die soziale Ungleichheit hat in der BRD so zugenommen, dass diese Tatsache in den Tischreden der RepräsentantInnen des ideellen Gesamtkapitalisten angesprochen und offensiv verteidigt werden, so z. B. von Köhler: »Es geht der breiten Mittelschicht in Deutschland zwar unverändert recht gut, aber es greifen Abstiegsängste um sich, und viele Menschen aus einkommensschwachen und bildungsferneren Schichten kommen aus eigener Kraft nicht voran. (...) Wir haben in der Vergangenheit eine wachsende Ungleichheit der Einkommen nur hingenommen, weil die Kurve für alle nach oben wies. Das muss so bleiben. Der Aufstieg der einen darf nicht der Abstieg der anderen sein!« Gepredigt wird »Bereicherung ist geil« und der Glaube an die »vielfältigen Chancen des wachsenden Markts«, an den guten Willen derer da oben, an die Krümel, die sie von ihrem Tisch fallen lassen, an den Klassenkampf von oben und an das Vertrauen in einen Gott.

In Orlando, USA, wurde Anfang 2004 ein Museum der Evolution und der Bibel eröffnet, in dem die biblische Schöpfungsgeschichte als naturwissenschaftliche Wahrheit ausgegeben wird. In einigen hessischen Schulen vertreten evangelikale Lehrer im Biologieunterricht die christlichen Dogmen über die Entstehung der Welt als Fakten und erhalten dafür Rücken- deckung von der Kultusministerin Hessens, Karin Wolff (CDU). Auch in der BRD findet der Kreationismus immer mehr AnhängerInnen: Nach einer Ende 2005 durchgeführten Umfrage glauben 13 Prozent der Befragten an die christlich-biblische Lehre von der Entstehung der Welt und des Lebens. 25 Prozent meinen, dass ein höheres Wesen das Leben erschaffen und seine Entwicklung kontinuierlich begleitet habe (»Intelligent Design«).

Rückzugsgefecht oder Teil einer reaktionären Offensive? Tatsächlich geht es nicht um innerreligiöse Glaubensfragen, sondern um die aggressive Verbreitung eines antihumanen Menschenbildes. Die selbst ernannten IdeologInnen der Bibel leiten aus ihr ein starres Gesellschaftsbild ab: Eine hierarchische Ordnung mit festem Oben und Unten; die Unterordnung der Frauen unter den göttlich-biologischen Auftrag des Kinderkriegens und eine entsprechende repressive Kleiderordnung; Hass gegen homosexuelle Menschen; Gehorsam und Genügsamkeit gegenüber Chefs und Autoritäten und drakonische Strafen für »AbweichlerInnen«, »Ungläubige« und »Verderbte«. Das passt in Deutschland in die Bemühungen um eine Neuauflage konservativer Werte der Fünfziger Jahre, mit den Kampagnen von Eva Herman, Frank Schirrmacher, Bernard Bueb, Joachim Meisner und anderen.

Die Schärfe der Kritik an der Wiederkehr reaktionär-religiöser Ideen hat zugenommen. In ihrer Kritik ist aber häufig ein Bezug zum rassistischen und biologistischen Gedankengut der Soziobiologie enthalten: Sie sagen, dass »starke gesunde Völker« sich gegen »schwache, minderwertige« durchsetzen müssen; dass eine Zuchtwahl der Menschen – staatlich gelenkt oder unterstützt – zur Ausmerzungen von Schwachen, Kranken, Behinderten, »Asozialen« führe. Dieses Gedankengut ist Teil eines faschistischen Denkens.

In einer europaweit beachteten Rede, gehalten am 4. Oktober 2007 zu einem geplanten Moscheebau in Frankfurt, sagte die Stadtverordnete von ÖkoLinX-ARL im Römer, Jutta Dittfurth: »Religion ist Privatsache. Der Staat hat frei zu sein von Religion, in jeder Hinsicht. Das schließt auch die privaten Ausbildungsstätten mit ein: keine Kreuze, keine Schleier. In diesen Privatclubs, den Religionsgemeinschaften, müssen Menschen- und Grundrechte durchgesetzt werden. Also Förderung umfassender Emanzipation, aber auch Kampf gegen

Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit. Freiheit des Staates von Religion bedeutet auch: dass esoterisch-irrational-okkulte Lehrprogramme wie in Waldorfschulen nicht staatlich finanziert oder sonstwie gefördert werden, wie das heute der Fall ist. Über ihre ideologische Grundlage, die Anthroposophie, schrieb Ernst Bloch 1935, [...] Der Weg über den »Okkultismus« sei ein »riesiges Eingeständnis der bürgerlichen Leere« und der »Schwäche des bürgerlichen Weltbilds.« Bloch: »unmittelbar gesehen ist der okkulte Spuk [u. a. die Anthroposophie] gewiss nur Faschisierung des Bürgertums, Übergang seines unbrauchbar gewordenen Liberalismus ins autoritäre und irrationale Lager.«

Die »neue Familienpolitik« der CDU/SPD ist geburtenfördernd ausgerichtet auf die Steigerung der Reproduktionsquote von »qualitativ hochwertigen« Kindern. Für dieses nationale Ziel werden dann auch mal Männer rangezogen zum Miterziehen. Die finanziellen Ressourcen werden im ans Einkommen gekoppelten Erziehungsgeld von von der Leyen umverteilt zu Lasten der armen und zu Gunsten der besserverdienenden Eltern. Um die Frage der flächendeckenden Einrichtung von Kinderkrippen sortierten sich die politischen Lager in die einen, die die weibliche Arbeitskraft besser vernutzbar für kapitalistische Lohnarbeit machen wollen und daher von einigen Reproduktionsarbeiten entlasten möchte und in diejenigen, die in der Auflösung der patriarchalen Familie und in den Emanzipationsbestrebungen von Frauen die Ursachen für den angeblichen Zerfall der Werte und der Moral der »Abendländischen Zivilisation« sehen. Zu diesen gehören u. a. Bischof Walter Mixa, Eva Herman und die familienpolitische Sprecherin der Linkspartei im Saarland, Christa Müller.

Durch die niedrigen Zahlungen bei Hartz IV ist die Kinderarmut drastisch gestiegen, was selbst bürgerliche SozialwissenschaftlerInnen und Medien kritisch feststellen. Der Sozialterror durch Hartz IV führt zu so krassen Verarmungsprozessen, dass sie korrigiert, retuschiert und verdeckt werden müssen. Bisheriges Ergebnis ist eine Erhöhung des Hartz IV-Satzes für Kinder um 10 Euro monatlich und die SPD setzt sich für marginale »Nachbesserungen« der Agenda 2010 ein, wie die Verlängerung der Bezugszeit von ALG I für ältere Erwerbsarbeitslose.

Der Unmut über die soziale Situation von Erwerbsarbeitslosen ist nicht in offenen Protest umgeschlagen. An der einzigen bundesweiten Demonstration Oktober 2007 in Berlin »Schluss mit dem Raubbau an sozialen und demokratischen Rechten! Wir wollen menschenwürdig leben«, maßgeblich von der MLPD getragen, nahmen noch ca. 7000 Menschen teil.

Vereinzelt kam es zu lokalen Protestaktionen oder spontanen Zwischenfällen: In Herne zum Beispiel randalierten etwa hundert Hartz IV-EmpfängerInnen in der dortigen Arbeitsagentur, weil ihnen zum Monatsanfang aufgrund eines Computerfehlers die Zahlungen gesperrt worden waren. In Köln wurde Anfang Oktober in einer regionalen Aktion von »Agenturschluss«, Erwerbslosengruppen und anderen Gruppen, unter Beteiligung der Ökologischen Linken Köln, zwei Tage lang die Agentur für Arbeit belagert und teilweise besetzt.

An der Demonstration gegen den Opernball in Frankfurt/Main am 24. Februar 2007 nahmen bis zu 1000 Personen teil. Neben der autonomen antifa f und studentischen Aktionsgruppen rief ÖkoLinX-ARL mit zur Teilnahme auf.

Der Boykott der Studiengebühren an den Universitäten und Hochschulen ist bundesweit gescheitert. Trotz der Beteiligung von z. T. mehreren Tausend BoykotteurInnen z. B. an der Uni Hamburg oder an der Uni Heidelberg wurde bis auf etwa ein halbes Dutzend kleinerer Hochschulen an keiner größeren Universität das nötige Quorum für einen Boykott der Studiengebühren erreicht. Das war absehbar. Für nicht wenige ASten stand die Ein-Punkt-Mobilisierung und/oder der Erfolg von Klagen gegen die Einführung von Studiengebühren im Vordergrund, nicht die politische Mobilisierung der StudentInnen gegen den gesamten Umbau der Universitäten gemäß den Interessen des Kapitals. Studiengebühren sind nur ein

Teil einer umfassenden Unterwerfung der Hochschulen unter das Diktat des Kapitals. In NRW dürfen sich die Hochschulen demnächst in private GmbHs umwandeln; in Frankfurt wurde die Universität Stiftungshochschule, eine de facto-Privatisierung mit der Folge der weiteren Entmachtung des wissenschaftlichen Mittelbaus und des AStA sowie der Entmachtung von Universitätsgremien zugunsten der größeren Ordnungsmacht des Präsidenten.

Immer mehr Menschen leben in Angst darum, »wie kann ich individuell überleben und durchkommen.« Diese Vereinzelung und Ensolidarisierung ist ein idealer Nährboden für faschistische Propaganda. Am 7. Juli 2007 konnte die NPD zum ersten Mal seit 27 Jahren zumindest teilweise durch Frankfurt/Main marschieren. Sie hatten sich die Stadt ausgesucht unter anderem wegen der Funktion Frankfurts als »Finanzzentrum«, das heißt gemäß der antisemitischen NS-Ideologie wegen des angeblichen jüdischen Einflusses auf die Ökonomie. Tausende PolizistInnen bekamen vom hessischen Innenministerium freie Hand darin, den Naziaufmarsch in Frankfurt-Hausen am Cityrand zu ermöglichen. Neben dem Römerbergbündnis arbeiteten zwei linke antifaschistische Bündnisse zusammen an der Verhinderung des Aufmarsches. ÖkoLinX-ARL war Mitaufrufer in allen Bündnissen. Die Ökologische Linke Frankfurt unterstützte die Anti-Nazi-Koordination Frankfurt und die Antifa. Letztlich konnte der Aufmarsch behindert, aber durch unverbindliche dezentrale Straßenblockaden nicht unterbunden werden.

Die Planungen für den Bau von repräsentativeren Moscheen z. B. in Berlin, Frankfurt und Köln führen zu einer Zuspitzung der Kontroverse um die Rolle des Islam, allerdings nicht zu einer grundsätzlichen Religionskritik, und zu neuen Querfronten: In Köln äußerte sich Ralph Giordano rassistisch gegen Muslime; einige seiner hetzerischen Sätze wurden kurz danach auf von FaschistInnen organisierten Demonstrationen gegen den Moscheebau als Motto verwendet. In Frankfurt versuchen – neben einem lokalen Bürgermob – der BFF, die Mehrheit der Stadtteil-Grünen, -SPD und -CDU und die NPD den Bau einer weiteren Moschee im Stadtteil Hausen zu verhindern. Die ÖkoLinX-ARL beteiligte sich an der Gegendemonstration gegen einen NPD-Marsch gegen den Moschee-Bau am 19. Oktober 2007. Tausende PolizistInnen sicherten wieder weiträumig den NPD-Aufmarsch durch Hausen und Bockenheim, der diesmal ungestört stattfinden konnte.

Am 27. Mai 2007 fanden in Mittenwald zum fünften Mal eine Demonstration und Aktionen gegen das Treffen der dortigen Gebirgsjäger der Bundeswehr statt. Die Luft wird dünner für den Kameradenkreis der Gebirgstruppe – nicht nur, weil ihm die Mitglieder wegsterben, sondern auch, weil italienische Staatsanwaltschaften inzwischen gegen seine Mitglieder vorgehen. Die Feierlichkeiten und das Kriegsverbrecher-Ehren-Denkmal auf dem Hohen Brenden repräsentieren das ungebrochene Bekenntnis des deutschen Militärs zum Krieg. Die in Afghanistan mit Totenschädeln posierenden Gebirgsjäger aus Mittenwald gehören zur Elitetruppe der Bundeswehr, die seit Mitte der 1990er Jahre an Auslandseinsätzen beteiligt ist und der die wohlmeinende Presse eine »Sondermentalität« zu Gute hält. Als Bestandteil der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte werden sie in der EU-Interventionstruppe eingesetzt. Der BundessprecherInnenrat war auf der Demonstration vertreten; das Flugblatt »Kapitalismus abschaffen, Faschismus entwurzeln« wurde dort verteilt.

Bis zum Anschluss der DDR und dem Zerfall des Warschauer Pakts war die Bundeswehr fest in das imperialistische Kriegsbündnis NATO integriert und durfte nicht außerhalb des Bündnisses eingesetzt werden. Seitdem wurde sie schrittweise zur weltweiten Interventionsarmee umgeformt, die immer häufiger selbstständig oder im Verbund mit den battle-groups der EU Krieg führen soll. Wegen der innerimperialistischen Konkurrenz, offiziell wegen der hohen Kosten, wurde die NATO-Eingreiftruppe NRF, in der die USA mit vertreten gewesen wäre, im September 2007 begraben. Der Auftrag der Bundeswehr ist laut der Verteidigungspolitischen Richtlinien u. a. die militärische Sicherung der Rohstoffversorgung und

der Transportwege für das deutsche Kapital: »Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mitteln zusätzlich verwundbar«, was nichts anderes als eine Umschreibung für imperialistische Kriege ist. Generalleutnant a. D. Jürgen Schnell, Dozent an der Universität der Bundeswehr München warb bei einer internationalen Management-Tagung für den Krieg im nationalen Interesse als Zukunftsgeschäft: »Wenn der Krieg von Anfang an zur Geschichte der Menschheit gehört, dann ist anzunehmen, dass der Krieg überwiegend positive Funktionen erfüllt. Wäre es nicht so, dann hätte die Evolution sicherlich längst dafür gesorgt, dass der Krieg als Phänomen verschwunden wäre.(...) Die Natur ist offensichtlich von A bis Z auf Wettbewerb angelegt, und Kriege sind ihrem Wesen nach spezifische gewaltsam ausgetragene Formen des Wettbewerbs zwischen sozialen Großgruppen. Worum wird konkurriert? Im Wesentlichen um Macht, Ressourcen und die Vorherrschaft der eigenen kulturellen Identität.« Diese Formulierungen haben eine deutliche Parallele zum Denken z. B. von Ludendorff und seinem »totalem Krieg«, zum sozialdarwinistischen Kampf der Nationen, also zum Denken in der Wehrmacht.

Die Bundeswehr wird für alle denkbaren Konfliktszenarien mit dem »Neuesten vom Neuen« – d. h. den tödlichsten und effektivsten Mordinstrumenten ausgerüstet. Im so genannten Material- und Ausrüstungskonzept der Bundeswehr werden für die nächsten 15 Jahre Anschaffungen von Mordwerkzeugen im Umfang von rund 110 bis 150 Milliarden Euro aufgelistet. Dazu gehört die Anschaffung von Kriegsgerät mit globaler Reichweite, das für Angriffsaktionen und militärische Interventionen geeignet ist, z. B. der Airbus-Truppentransporter, die neue Fregatten F 124 mit Lenkflugkörpern, mit denen weit von See aus die Küsten und das Hinterland beschossen werden können oder der U-Boot-Typ 212 mit weltweitem Einsatzradius. Gegen die Aufrüstung der Bundeswehr demonstrierten am 10. Februar 2007 in München 3000 bis 5000 Menschen erneut gegen die NATO-Sicherheitskonferenz.

Zurzeit operiert die Bundeswehr in 11 Ländern – vom Schutz der Drogen-Warlords in Afghanistan bis zum Absichern deutscher Ölinteressen im Sudan. Letzteres tut sie übrigens mit inhaltlicher Unterstützung der Linksfraktion im Bundestag, deren verteidigungspolitischer Sprecher Paul Schäfer nichts gegen eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes einzuwenden hatte. Bei der Abstimmung im Bundestag am 27. April 2007 enthielten sich erstmals 15 Abgeordnete der Linksfraktion der Stimme gegen den imperialistischen Krieg, statt dagegen zu stimmen.

Für diese Kriegsführung werden die Mitglieder der Bundeswehr indoktriniert und ideologisch brutalisiert. Das gilt nicht mehr nur für das Kommando Spezialkräfte (KSK), das geheim operierende Mordkommando der Bundeswehr. In der Bundeswehr wurde ein »Kämpfer-Kult« etabliert, der die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr als Maß aller Dinge definiert. Der »allzeit bereite, selbstlos dienende und unbedingt gehorchende Kämpfertyp wird zur fraglos akzeptierten Norm«, stellte das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg in einer Anfang 2004 veröffentlichten Studie fest. Das passt zu den Äußerungen des Ex-KSK-Kommandeurs Günzel und des Mitbegründers der GSG 9, Wegner, die in ihrem Buch »Geheime Krieger« Frühjahr 2007 ihre Einheiten in der Tradition der SS-Elitedivision Brandenburg einordneten.

Dass Foltern und Gefoltertwerden bei imperialistischen Kriegseinsätzen zum Repertoire der SoldatInnen gehört, wird unausgesprochen akzeptiert. Einige Beispiele aus der Folterpraxis der Bundeswehr: 1994: Deutsche Soldaten drohen, in Somalia Gefangenen die Hand abzuhacken, wenn sie nicht geständig sind. 1996: Ausbilder zwingen gefesselte Offiziersanwärter in einen tiefen Sickerschacht und verschließen diesen mit einer Eisenplatte. 1997: In Hammelburg wird von Soldaten ein Video gedreht, in dem Erschießungen, Vergewaltigungen und Folter dargestellt werden. 2001: Ein Ausbilder erstellt als Ausbildungshilfe eine Folterfibel.

2003: Ein Unteroffizier äußert sich so: »Mannschaften sind wie Dreck, jederzeit austauschbar, wenn sie kaputt gehen, kann man sie einfach neu ordern«. 2004: Auf dem Fliegerhorst Wunstorf fesselt ein Hauptfeldwebel Soldaten an einen Stuhl und malträtiert sie, in 51 Fällen, mit Nackenschlägen. Im Sommer 2006 wurde ein für den Kongo-Einsatz vorgesehener Truppenteil in Zweibrücken suspendiert, weil Soldaten rektal Obst eingeführt und anschließend mit einem Paddel darauf eingeschlagen worden war.

Gegen die Militarisierung des Alltags, die beabsichtigte schrankenlose Anwendung von Gewalt nach außen und inzwischen schrittweise auch nach innen – wie z. B. beim grundgesetzwidrigen Einsatz von Tornados gegen GipfelgegnerInnen in Heiligendamm – gibt es Widerstand. Beispiele sind die Störungen von Bundeswehrgelöbnissen und öffentlichen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr, die Proteste gegen das Internationale Militärmusikfestival in Köln, an denen die Ökologische Linke Köln beteiligt war, die erfolgreichen Blockaden von Arbeitsämtern bei Anwerbeveranstaltungen der Bundeswehr für Arbeitslose wie in Köln, Berlin, Rostock, in denen die Rekrutierungsveranstaltungen unbefristet ausgesetzt worden sind. Oder die Besetzung des Bombenabwurfplatzes Freie Heide bei Wittstock im Rahmen der Anti-G8-Proteste 2007.

Bundespräsident Köhler forderte am 14. September 2007 bei einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr das Offizierskorps ausdrücklich auf, stärkeren Einfluss auf die Militarisierung der herrschenden gesellschaftlichen Eliten zu nehmen: »Ich wünschte mir (...), dass auch die hohen Offiziere der Bundeswehr noch stärker darauf hinwirken, die nötige außen- und sicherheitspolitische Debatte in Gang zu bringen. (...) Ich kann Sie alle nur ermutigen, den Dialog insbesondere mit den Führungspersönlichkeiten aus anderen Lebensbereichen zu suchen, denn auch denen darf nicht gleichgültig sein, vor welchen äußeren Herausforderungen Deutschland und die westlichen Demokratien stehen. (...) Nehmen sie (...) das Führungspersonal in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft tüchtig in die Zange (...). Auch damit erweisen Sie unserem Land einen großen Dienst.« Im »Zentrum« der Selbstfindung der Offizierselite sollte aber »immer die Fähigkeit (bleiben), das Feuer an den Feind zu bringen und ihm notfalls unseren Willen mit Gewalt zu diktieren.«

Hauptverantwortlich für die Klimaveränderung und für die Erwärmung der Erdatmosphäre ist der seit 50 Jahren ansteigende und in den letzten Jahren beschleunigt gestiegene Ausstoß von Treibhausgasen. Im 20. Jahrhundert hat sich das Weltklima um mehr als 0,6 Grad Celsius erwärmt. Das Tempo des Anstiegs wächst, mit den bekannten drastischen Auswirkungen wie Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und tropischen Stürmen, die vor allem die Ärmsten treffen. Die Gletscher Grönlands, der westantarktischen Halbinsel und vieler Hochgebirge schmelzen und der Anstieg des Meeresspiegels bedroht immer massiver Inseln und Küsten. Das Abschmelzen des Packeises in der Arktis wird zu einem neuen imperialistischen Run auf die Rohstoffe führen, die unter dem Nordpolarmeer vermutet werden.

Die Abholzung der tropischen Regenwälder und der Urwälder der gemäßigten Zonen und mit ihr der Verlust einer unwiederbringlichen Artenvielfalt und deren Rohstoffpotenzial z. B. für Arzneien als Alternative zur Gentechnik sind Folgen der kapitalistischen Form der Entfaltung der Produktivkräfte. Das Kapital setzt auf der Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten bislang relativ unberührte Naturressourcen hemmungslos der Zerstörung aus. Monokulturen, Vergiftung der Böden, genetisch manipuliertes Saatgut, Chemie in der Landwirtschaft usw. führen zu Bodenerosion, Ausbreitung der Wüsten sowie zu lebensbedrohlichen klimatischen Veränderungen. Während sich die kapitalistischen Zentren durch Dämme und andere aufwendige technische Maßnahmen schützen können, sind dicht besiedelte Gebiete im Trikont wie z. B. Bangladesch und Inselstaaten wie z. B. Tuvalu und die Malediven vom Untergang bedroht.

Das Kapital in Deutschland und EU-Europa ist – ebenso wie das in Japan und in den USA/Kanada – ein Klimakiller. Die drei kapitalistischen Zentren stießen 2003 12,8 Milliarden Tonnen CO₂ aus. Alle anderen Staaten und Regionen kamen zusammen auf 11,3 Milliarden Tonnen Emissionen von Kohlendioxid. Noch nicht einmal die völlig unzureichenden Kyoto-Verpflichtungen, also die angekündigte Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2012 um 5,7 Prozent wurden von der BRD, Italien, Spanien und einem halben Dutzend anderer EU-Staaten erfüllt.

Die EU verabreicht dagegen nur ein paar Placebos, um die stärker werdende ökologische Kritik zu beschwichtigen: Sie hat beschlossen, bis zum Jahr 2050(!) eine »Halbierung der globalen Emissionen« hinzubekommen und hat dies auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm noch einmal bestätigt. Lächerlich! Bis 2050 hat Bangladesh schon lange Land unter, sind die Mittelmeerwälder verbrannt und sind diverse Küstenstädte durch Orkane und Fluten zerstört! Und liest mensch die Formulierung genau, ist nicht einmal von einer 50-Prozent-Reduktion in EU-Europa die Rede, sondern sie könnte auch durch von der EU finanzierte Maßnahmen in anderen Regionen erzielt werden, z. B. durch den so genannten Emissionshandel. Der Kapitalismus macht alles zur Ware, auch so etwas Abstraktes wie das »Anrecht auf Luftvergiftung« – nichts anderes ist der Emissionshandel. Beim Emissionshandel, einem Vorzeigeprojekt der BRD, werden erlaubte Verschmutzungsmengen festgelegt und verteilt. Wer sie überschreitet, kann bzw. muss weitere Verschmutzungsrechte zukaufen, z. B. aus Ländern des Trikont. Das ist offener Ökoimperialismus! Wer seine erlaubte Vergiftungsmenge aufgrund technologischer Vorsprünge unterschreitet, kann sie an andere Mitbewerber weiter verkaufen, z. B. in Osteuropa. So ist Emissionshandel auch ein Mittel zur Steigerung der Konkurrenz zwischen starken und schwachen Ökonomien in den kapitalistischen Zentren.

Durchgehend wird auf kapitalistische und profitorientierte Mechanismen gesetzt, um das »Klima zu retten«, also auf genau das, was die Misere hervorgerufen hat: Aufgelistet werden »wirtschaftliche Anreize« für den »Privatsektor«, »steuerliche Anreize (und die) Vermarktung von Technologie« und freiwillige Selbstverpflichtungen des Kapitals. Bloß keine Produktionsverbote! Statt im Auto einen ökologischen Antrieb z. B. mit Wasserstoff einzubauen, wird mit der »Erhöhung des Anteils alternativer Kraftstoffe« wie so genanntem Biodiesel oder Ethanol aus Raps oder Mais im Benzin oder Diesel nur das Autoimage umweltfreundlicher getrimmt. Dabei wird neue Zerstörung hervorgerufen – die CO₂-Bilanz des Biomasse-Anbaus ist jämmerlich und inzwischen steigen im Trikont wie in den Zentren des Kapitalismus bereits die Nahrungsmittelpreise. Es drohen neue Hungersnöte, z. B. in Mexiko und Brasilien. Weitere Regenwaldgebiete werden für »nachwachsenden Treibstoff« abgeholzt. In den kapitalistischen Zentren werden Getreideanbauflächen beseitigt für z. B. den Rapsanbau.

Der Klimawandel wird von der Atomlobby auch für den weltweiten Ausbau von Atomkraftwerken genutzt. Es wird versucht, die Lüge von der angeblich CO₂-ärmeren Energieerzeugung durch AKWs aufzuwärmen. Die Ökologische Linke unterstützt und beteiligt sich an (Abwehr-) Kämpfen der Antiatombewegung gegen die Modernisierung der Atomanlagen. Beispiele sind der Konflikt um Schacht Konrad als Endlager für »mittelradioaktive Atomabfall«, die atomkritische Debatte um die »Störfälle« im AKW Krümmel und AKW Brunsbüttel, Aktionen gegen den Atombrennstoffkreislauf der UAA Gronau, Aktionen gegen den Test mit den neuen CASTOR-Behältern für den Transport 2008 und die Teilnahme des BundessprecherInnenrates an der Anti-AKW-Demonstration am 1. September 2007 im Wendland. 2008 steht natürlich wieder der Widerstand gegen den CASTOR-Transport ins Wendland an.

Es geht der Ökologischen Linken darum, politisches Bewusstsein aufzubauen gegen neue Anläufe zur Modernisierung der Atomanlagen wie z. B. durch die Atomfusion und gegen die imperialistische Politik EU-Europas. EU-Europa braucht jenseits aller »zivilgesellschaftlichen« Rhetorik als imperialistisches Zentrum auf unabsehbare Zeit die Atomtechnologie: Zum einen für die Atombewaffnung als Werkzeug einer weltweiten Herrschaftsstrategie auch

gegen den Trikont. Zum anderen setzt das Kapital in EU-Europa auch auf die zentralistische Technologie der Atomanlagen, um die Energieversorgung auf der derzeitigen stofflichen Basis leichter kontrollieren zu können. Die in der Experimentierphase befindliche Atomfusion würde die Zentralisierung der Verfügungsgewalt noch einmal steigern und steht einer dezentralen Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen entgegen.

Der BundessprecherInnenrat hat an den Vorbereitungstreffen für die Gegenaktionen zum G8-Gipfel in Heiligendamm und an den Anti-G8-Aktionen teilgenommen: an der Demonstration am 2. Juni 2007, den Blockaden und dem Grönemeyer-Konzert am 8. Juni 2007. Für die Aktionen wurde das Massenflugblatt »Wir kämpfen gegen den Schrecken an der Ostsee« erstellt und in einer Auflage von 33.000 Stück verteilt. Wir verteilten auch mehrere Tausend Exemplare des englischsprachigen Auszugs aus dem Kurzinformativ der Ökologischen Linken.

Der BundessprecherInnenrat war in Zusammenarbeit mit der Ökologischen Linken Berlin an den Vorbereitungen für die Revolutionäre 1. Mai-Demonstration 2007 beteiligt. Wir nahmen teil an der revolutionären, linksradikalen 18:00-Uhr-Demonstration ab Lausitzer Platz, der größten von allen Demonstrationen. Beteiligt hat sich der BundessprecherInnenrat auch an der Demonstration am Abend des 30. April 2007 des Bündnisses Ums Ganze »Reduce to the max. Just Communism!« mit etwa 800 TeilnehmerInnen und beobachtete die Demonstration des Euromayday, die entgegen vieler Berichte maximal 1200 TeilnehmerInnen hatte. Da die Aktionen um den Revolutionären 1. Mai 2007 in Berlin auch Teil der Mobilisierung zum G8-Widerstand in Heiligendamm waren, ist die Auswertung der 1. Mai-Aktionen Teil unseres Auswertungspapiers zu den Gegenaktionen zum G8-Gipfel.

Die Klage von ÖkoLinX-ARL, wie die anderer Gruppierungen, beim Verwaltungsgerichtshof Hessen für eine demokratische Arbeitsgrundlage (Fraktionsstatus) wurde abgelehnt; der Missbrauch der Mehrheit von SPD/CDU/Grüne/FDP zur Entrechtung der Fraktion ÖkoLinX-ARL/Europaliste wurde juristisch abgesegnet. Damit wurden die Arbeitsmöglichkeiten von ÖkoLinX-ARL im Römer brutal eingeschränkt und auch in Hessen ParlamentarierInnen erster und zweiter Klasse etabliert.

Vom 27. bis 29. Juli 2007 fand in Hessisch-Lichtenau das Seminar »Strategien des Klassenkampfes (V)« statt. Themen waren die Analyse des imperialistischen Zentrums EU-Europa und eine Auswertung des Widerstands gegen den G8-Gipfel.

Und zum Schluss:

Feuer und Flamme für den Geschichtsrevisionismus, auch in 2008!

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz
der Ökologischen Linken am 15./16. Dezember 2007 in Köln**